

1920



335
388a

An die Mitglieder der R.A.P.D., insbesondere an die Mitglieder im Wirtschaftsbezirk Ostsachsen.

Genossen!

Ihr wißt, daß der erweiterte Zentralauschuß der Partei in seiner Sitzung vom 30./31. Oktober einen Beschluß gefaßt hat mit 16:8 Stimmen bei einer Enthaltung, durch den er die parteizerstörende Tätigkeit des Gen. Rühle aufs Schärfste verurteilt und erklärt, daß der Gen. Rühle sich durch diese Tätigkeit selbst außerhalb der Partei gestellt hat.

Der erweiterte Zentralauschuß hat dann fernerhin mit allen Stimmen bei 3 Stimmenthaltung, die Bezirke und insbesondere den Wirtschaftsbezirk Ostsachsens aufgefordert, und rücksichtslos den Interessen der Gesamtpartei Geltung zu verschaffen.

Es ist vielleicht nötig, Euch den Anlaß dieses Beschlusses nochmals in Gedächtnis zu rufen. Der Anlaß war ein Brief Rühles an einen Stettiner Parteigenossen, indem er Folgendes schrieb:

Ich möchte von Dir wissen, was Dich bestimmt, uns fern zu bleiben. Gewiß bist Du mir keine Rechenschaft schuldig, ich bin nicht dein Beichtvater. Aber ich habe Interesse daran, den Grund Deinen Verhaltens kennen zu lernen. Mit Berlin bin ich wenig zufrieden, die Leute steuern nach rechts und werden bald bei Spartakus landen. Ost-Sachsen hat sich deshalb auf der letzten Bezirks-Konferenz von der R.A.P.D. losgesagt. Auch Thüringen, Nord-West und Nord haben die Verbindung mit Berlin gelöst. So ist die R.A.P.D. mitten im Zerfall, dank der Inkonsistenz ihrer Politik.

Genossen! Als dieser Brief in unsere Hände fiel, was sollten wir da tun? Urteilt selbst! Bestand für die, die beauftragt sind, die Geschäfte der Partei zu führen, eine andere Möglichkeit, konnten sie einen andern Weg gehen als den unsrigen: nämlich die innerhalb der Partei heimlich und unter Benutzung des Parteiapparates betriebene Zerstörung der Partei sofort öffentlich festzunageln und mit aller Energie zu bekämpfen? Sollten wir durch Verheimlichung und Vertuschung uns mitschuldig machen? Sollten wir die unproletarischen Kampfmethoden Rühles uns zu eigen machen?

Aber wir glauben freilich nicht, daß durch den Beschluß des Z.A. die Angelegenheit erledigt wäre. Der Beschluß war nötig, aber er genügt nicht. Die sachliche Auseinandersetzung muß weitergeführt werden.

Darum wenden wir uns heute an Euch, Genossen, und insbesondere an diejenigen, die bisher im sachlichen mehr oder weniger die Ansichten Rühles teilten. Wir wollen uns durch die unehrliche und persönlich beschimpfende Kampfweise Rühles nicht provozieren lassen, sondern uns ehrlich und sachlich mit Euch zu einander setzen.

Manche von Euch glauben, die Partei sei heute eher ein Hindernis als eine Waffe des proletarischen Befreiungskampfes. Aber was an ihre Stelle gesetzt werden soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Wenn wir recht unterrichtet sind, glauben viele, die Allgemeine Arbeiter-Union sei heute schon als Einheitsorganisation für den proletarischen Kampf völlig ausreichend, und es genüge, wenn sie von ihren Mitgliedern eine dreifache Bekenntnis verlange; zum reinen Klassenkampf, zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem.

Wir glauben das nicht. Wir wissen, daß die A.A.U. als die Zusammenfassung aller revolutionären Proletarier auf der Grundlage der B.D. einen weiteren Rahmen haben muß als die Partei, und wir sind gewillt und verpflichtet und mit aller Kraft für das Werden und die Macht der A.A.U. einzusetzen. Ob die Grundsätze der Union sich in den drei Punkten: Klassenkampf, Diktatur und Rätesystem erschöpfen oder ihre Mitglieder durch genauere Richtlinien stärker gebunden sein sollen, haben wir nicht zu entscheiden. Jedenfalls aber sind wir überzeugt, daß neben der weiteren umfassenden Union eine besondere politische Organisation nötig ist, die zu den politischen und geistigen Problemen der Revolution in einem eingehenden Programm Stellung nehmen muß.

Genossen! Lest unser Programm und kritisiert es! Bisher seid Ihr, wir können wohl ohne Übertreibung sagen: alle — mit ihm einverstanden gewesen. Selbst Rühle hat in Berlin erklärt, daß er niemals etwas gegen das Programm geäußert habe. Was treibt Euch nun, die ganze Summe von Erkenntnissen, die in diesem Programm niedergelegt ist, aufzugeben zugunsten des viel loseren Rahmens der Union? — Oder wollt Ihr, daß die Union das Programm der R.A.P.D. übernimmt? Damit würdet Ihr ihr die Möglichkeit nehmen, sich zur umfassenden Klassenorganisation der revolutionären Proletarier auszuwachsen. Was wollt Ihr also.

Nun, Ihr wendet Euch gegen die Organisation und das Organisations-Statut der Partei. Genossen, es mag sein, daß unser Organisationsstatut nicht vollkommen ist. Macht Vorschläge, es zu verbessern. Stellt Abänderungsanträge, die dazu dienen können, die proletarische Kritik und Kontrolle von unten noch stärker als bisher sicher zu stellen. Jedes Aufwuchern einer von der Masse getrennten Bürokratie noch sicherer als bisher zu vermeiden. Wir bestreiten zwar, daß diese Grundsätze bisher verletzt worden sind. Höchstens könnten die Mitglieder starker Wirtschaftsbezirke darüber klagen, daß wir dem Willen der Mehrheit gegen die Tendenzen Rühles bisher nicht energisch genug Geltung verschafft haben. Aber Ihr seid mißtrauisch; daß ist Euer gutes Recht und Eure Pflicht auf Grund vieler Erfahrungen mit dem alten Spartakusbund: also macht Eure Vorschläge und seht zu, ob wir sie im Geiste einer Bonzenbürokratie behandeln.

Ihr, Genossen von Ostfachsen, habt allerdings zum vorigen Parteitag ein Organisationsstatut vorgeschlagen, dessen Hauptkennzeichen das war, daß den Parteitagen verboten wurde, bindende Beschlüsse zu fassen. Obwohl Ihr mit diesem Vorschlag allein geblieben seid, bleibt Ihr noch heute auf ihm bestehen. Wir wollen Euch sagen, was wir darüber denken.

Es gibt zwei Gründe, die man für einen solchen Vorschlag anführen kann. Der eine Grund ist: Gegnerschaft gegen jede auch proletarische Disziplin. In diesem Punkt, Genossen, können wir keinen Schritt nachgeben. In einer Partei, die so strenge und genaue programmatische Grundsätze hat wie die K.A.P.D., muß es möglich sein, daß unter den Genossen, die das Gleiche wollen, die Mehrheit über alle Streitfragen entscheidet und die Minderheit sich fügt. Vorschläge, um die Feststellung des Mehrheitswillen noch besser sicher zu stellen gegen die Beeinflussung von Führerklippen könnt und sollt Ihr machen. Aber wenn Ihr die absolute „Gewissensfreiheit“ der Minderheit proklamieren wolltet, so wäre das kleinbürgerlicher Liberalismus und unzweifelhaft würde der Wille der Parteimehrheit uns beauftragen, gegen solche Tendenzen mit aller Schärfe vorzugehen.

Der zweite Grund, aus dem man glauben kann, Parteitage dürften keine bindende Beschlüsse fassen, ist der: man glaubt, die revolutionäre Bewegung schreite zu rasch vorwärts, als das man ihr gerecht werden könnte durch Beschlüsse, die alle Jahre einmal gefaßt werden. Man glaubt, die geistige Klärung der revolutionären Arbeiter werde durch solche Beschlüsse künstlich aufgehalten, während sie ständig im Fluß bleiben müsse.

Das ist ein Grund, den wir verstehen können und den jeder revolutionäre Kämpfer verstehen wird. Wir verstehen, daß man Beschlüsse für einen Notbehelf hält, aber wir halten es für einen notwendigen Notbehelf. Wir glauben, daß es von Zeit zu Zeit notwendig ist, einen einheitlichen Willen der Partei festzustellen. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden gegen alle schwankenden und unklaren Elemente — um so mehr, je schwerer die Kämpfe werden. Gegen die Angriffe der Gegner muß festgestellt werden, was die Partei wirklich ist und will. Von Zeit zu Zeit muß gegenüber neuen politischen Situationen, beschlossen werden, wie die Partei handeln muß. Mit einer Organisation, die nicht zu einheitlicher Auffassung und einheitlichem Handeln zusammengefaßt werden kann, kann man nicht kämpfen. In der Praxis des Kampfes ist das Handeln mehr wert als die Diskussion.

Wir geben Euch recht — und wir glauben, jeder Revolutionär wird Euch recht geben — wenn Ihr fordert, daß die Organisation so beweglich sein soll als es möglich ist. Ihr wißt so gut wie wir, daß es nur eine Geldfrage ist, Parteitage so oft abzuhalten, als es die revolutionäre Bewegung erfordert. Und wenn Ihr andere praktische brauchbare Vorschläge macht, die geeignet sind, die Diskussion aller schwebenden Fragen überall in der Partei in Fluß zu halten, so werden alle Parteigenossen bereit sein, diese Vorschläge aufs Ernsthafteste zu prüfen.

Aber Ihr könnt nicht wünschen, daß durch ein Verbot bindender Beschlüsse allen unkontrollierbaren Einflüssen Tür und Tor geöffnet wird.

Überall in der Partei sucht Spartakus durch seine Agenten Einfluß zu gewinnen. — Ihr könnt nicht wünschen, daß jedes einheitliche Handeln der Partei, jede Unterwerfung einer Minderheit unter den Willen der Mehrheit von vornherein ausgeschlossen wird. Ebenjowenig wollen wir, daß Diskussionen über ungeklärte Probleme durch Gewaltakte vorzeitig und ohne Not abgeschnitten werden.

Genossen! Wir wissen wohl, das wir damit noch nicht alle Streitpunkte innerhalb der Partei besprochen haben. Aber wir haben die herausgegriffen, die uns am meisten grundsätzlicher Natur zu sein schienen. Wir ersuchen Euch, ebenso wie wir den Kampfboden persönlicher Schimpfereien, auf den sich Rühle begeben hat, zu verlassen und hoffen, daß Ihr in unserer Darstellung den ersten Willen zu ehrlicher sachlicher Klärung erkennen werdet.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, im November 1920.

Geschäftsführender Hauptausschuß.